

Entwurf eines Antrags für die BDK: „**Leitlinien Grüner Nahostpolitik**“

Die Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen möge beschließen:

Präambel – Werte und Verantwortung:

Eingedenk der historischen Schuld und Verantwortung Deutschlands für den Holocaust und der daraus erwachsenden unbedingten Verpflichtung, das Existenzrecht und die Sicherheit des Staates Israel als Heimstatt des jüdischen Volkes zu schützen, ebenso wie jeder Form von Antisemitismus und Judenhass entschlossen entgegenzutreten;

Im Bewusstsein, dass diese historische Verantwortung auch eine Verpflichtung gegenüber den universellen Menschenrechten umfasst, deren Missachtung im Holocaust gipfelte;

In Bekenntnis zu diesen universellen Menschenrechten, zur grundsätzlichen Herrschaft des Rechts und dem allgemeinen und humanitären Völkerrecht im Besonderen.

Die universellen Menschenrechte sind unverhandelbar und unteilbar, und gelten für alle Menschen, und zwar unabhängig von Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Identität, sexueller Orientierung, Religion und Weltanschauung. Sie zu schützen und wirksam durchzusetzen, ist Kern unserer grünen Identität. Mit dem Völkerrecht und seinen Institutionen bekennen wir uns zu einer regelbasierten internationalen Ordnung.

Feststellend, dass jeder Staat und die internationale Gemeinschaft verpflichtet sind zum Schutz der Bevölkerungen vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne einer Schutzverantwortung – Responsibility to Protect und in diesem Sinne auch ein "Right Not to Veto" im Sicherheitsrat unterstützend.

Geleitet von dem Grundsatz der menschlichen Sicherheit, der die Sicherheit des Individuums – seine Freiheit von Furcht und die Freiheit von Not – in den Mittelpunkt stellt und anerkennt, dass die Sicherheit von Israelis und Palästinenser*innen untrennbar miteinander verbunden und damit gegenseitige Voraussetzung für eine nachhaltige Friedenslösung sind;

Bekräftigend die Grundwerte von Bündnis 90/Die Grünen: Frieden, Menschenrechte, demokratische Selbstbestimmung, Gewaltfreiheit, Völkerrecht und Rechtsstaatlichkeit als Leitlinien unserer Außen- und Sicherheitspolitik;

Erschüttert über die barbarischen Terroranschläge der Hamas vom 7. Oktober 2023 und die dabei verübten Massaker an israelischen Zivilist*innen, sowie tief besorgt über die darauffolgende Gewaltspirale und die immensen zivilen Opfer und die humanitäre Katastrophe des Gaza-Krieges, der unermessliches Leid unter der palästinensischen Zivilbevölkerung verursacht hat;

Erneuernd unsere Verurteilung der anhaltenden Bedrohung des Staates Israel sowie die Angriffe und den Terror gegen seine Bevölkerung;

Verurteilend die Taten aller Akteure, die einer friedlichen Lösung entgegenstehen – insbesondere den Terrorismus der Hamas und anderer Gruppierungen, die Israels Existenzrecht gewaltsam negieren, ebenso alle rechtswidrigen Handlungen, die im Zuge legitimer Selbstverteidigung exzessives Leid für Unbeteiligte verursachen und die zu unverhältnismäßigen zivilen Opfern führt;

Besorgt darüber, dass der anhaltende völkerrechtswidrige Siedlungsbau und Landraub in den besetzten Gebieten, die geduldete Gewalt von Siedlern, die politische Entmachtung moderater Kräfte und die Abwesenheit von Verhandlungen den Konflikt weiter verschärfen und die Grundlage der Zwei-Staaten-Lösung und jede andere Friedenslösung akut gefährden;

Überzeugt, dass nur eine auf Gerechtigkeit, Kompromiss und gegenseitigem Respekt basierende Friedensvereinbarung – insbesondere die Umsetzung der Vision von zwei Staaten, Israel und Palästina, die Seite an Seite in anerkannten Grenzen leben – den Menschen beider Seiten auf Dauer Sicherheit, Freiheit, Gleichberechtigung und Würde garantieren kann;

In der Überzeugung, dass eine nachhaltige Friedens- und Sicherheitsarchitektur für die gesamte Region nur durch die Einbindung aller relevanten Akteure in einen multilateralen Prozess und die Stärkung regionaler Kooperation, insbesondere im Bereich der Klima- und Energiepolitik, erreicht werden kann;

Feststellend, dass die internationale Gemeinschaft – inklusive der Europäischen Union und Deutschlands – Verantwortung trägt, neue konstruktive Wege aus der festgefahrenen Situation zu finden, anstatt tatenlos zuzusehen, wie der Konflikt periodisch aufflammt und unsägliches Leid bringt;

In Anerkennung, dass Frieden im Nahen Osten auch im europäischen Interesse liegt, da er Spannungen in eigenen Gesellschaften mindern und globalen Herausforderungen (wie Migration, Terrorismus, Energiesicherheit) begegnen hilft;

Entschlossen, die Grundsätze einer werteorientierten, feministischen und vorausschauenden Außenpolitik in Bezug auf die Region Nahost konsequent anzuwenden, um zu Deeskalation, Konfliktlösung und Aufbau von Vertrauen beizutragen;

Warnend, dass massive Desinformation die Konflikte im Nahen Osten mit prägt.

beschließt die Bundesdelegiertenkonferenz folgende Leitlinien für die Grüne Nahostpolitik:

Verhältnis zu Israel und Verhältnis zu Palästina

Bündnis 90/Die Grünen bekräftigen ihr Eintreten für eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung als Leitbild. Nur diese bietet die Grundlage, die nationalen Aspirationen beider Völker zu erfüllen – den Fortbestand Israels als demokratischen, jüdischen Staat und die Schaffung eines souveränen, demokratischen Staates Palästina. Deutschland soll sich mit Nachdruck gegenüber allen Beteiligten dafür einsetzen, dass diese Perspektive offen gehalten und aktiv angestrebt wird. Ein einseitiger Bruch mit der Zwei-Staaten-Prämisse (etwa durch formelle Annexionen oder die Aufgabe des Verhandlungsziels) wird abgelehnt.

Die besondere historische Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels bleibt unverrückbarer Grundsatz grüner Politik. Das Existenzrecht Israels ist bedingungslos und nicht verhandelbar. Die Grünen stehen ein für Israels Recht auf Selbstverteidigung gegen jeden Angriff.

Die Sicherheit Israels ist deutsche Verpflichtung – zugleich verstehen wir diese Sicherheit umfassend: Sie bedeutet nicht nur militärische Abwehr von Bedrohungen und damit auch die Befähigung zur Abwehr von Bedrohungen zB aus dem Iran oder Jemen, sondern auch die Existenz in Frieden, intakte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und ein Ende der Besatzung.

Zusätzlich besteht für Deutschland auch die historische Verantwortung, für das humanitäre Völkerrecht einzutreten, sowie auf die Vermeidung von Krieg und Gewalt, Völkermord und Menschenrechtsverletzungen hinzuwirken und für bedrohte Minderheiten sowie für die Opfer von Unterdrückung und Verfolgung einzutreten.

Diese Pflichten bestehen nicht alternativ zueinander, sondern gleichzeitig.

Freundschaft mit Israel heißt daher für uns Grüne: an der Seite Israels stehen, wenn es bedroht wird, und auf Frieden und die Einhaltung allgemeinen und humanitären Völkerrechts zu drängen, wenn dauerhaft Sicherheit nur durch politische Lösung zu erreichen ist. Freundschaft mit Israel heißt auch, sich um die demokratische Verfassung Israels Sorgen zu machen, wenn Gewaltenteilung und demokratische Prinzipien in Gefahr geraten.

Unabhängig von wechselnden Regierungen bleibt Israel ein Partner; Diese Partnerschaft bezieht sich aber in Zeiten rechtsextrem-geprägter Regierungen auf das Land und die Menschen. Deswegen stehen wir auch ein für eine Verstärkung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit. Notwendige Kritik und auch über Kritik hinausgehende notwendige politische Entscheidungen sind in dem Kontext kritische Solidarität unter Freunden.

Ebenso muss gegenüber der palästinensischen Seite klargestellt werden, dass nur Gewaltverzicht, Achtung der Menschenrechte und eigene demokratische Strukturen den Weg zu Eigenstaatlichkeit ebnen. Dass die Hamas in einer möglichen Nachkriegsordnung keine Rolle spielen darf, ist selbstverständlich.

Angesichts einer sich ändernden Weltordnung und Partnern, deren Regierungen von Rechtsextremismus geprägt sind, fordern wir die Bundestagsfraktion auf, gemeinsam mit relevanten Akteuren aus der Partei und dem Europäischen Parlament, eine Strategie zum Umgang mit Autokratien und sich autokratisierenden Staaten, insbesondere eigentlichen Partnern, zu entwickeln.

Handhabung akuter Konfliktphasen

Wir erkennen, dass die bisherige Politik der Appelle und der stillen Diplomatie im Verhältnis zum Partner Israel weitgehend gescheitert ist. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer aktiveren Außenpolitik, die, vorzugsweise im EU-Verbund – zuvorderst initiiert und vermittelt, aber auch abgestufte Zwangsmaßnahmen, Sanktionen und andere Einschränkungen einsetzt.

Die Grünen setzen das Prinzip der Unteilbarkeit der Menschenrechte in den Mittelpunkt ihrer Nahostpolitik. Wir verlangen von allen Konfliktparteien, internationales Recht und insbesondere das humanitäre Völkerrecht einzuhalten. Terroranschläge wie jene vom 7. Oktober 2023 werden ohne jede Relativierung verurteilt. Kriegsverbrechen – egal von welcher Seite – dürfen nicht toleriert werden.

Gerade weil wir Israels Recht auf Selbstverteidigung verteidigen, erwarten wir, dass israelische Militäroperationen die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und Schonung von Zivilisten strikt beachten. Wir begrüßen und unterstützen alle internationalen Initiativen, Vorfälle von Völkerrechtsbruch (z.B. Angriffe auf Zivilisten, Geiselnahmen, Einsatz von verbotenen Waffen und fehlende oder eingeschränkte Versorgung besetzter Gebiete mit humanitärer Hilfe) unabhängig untersuchen zu lassen. Deutsche Nahostpolitik soll aktiv dafür werben, dass Verstöße transparent aufgeklärt und geahndet werden – etwa durch Zusammenarbeit mit UN-Untersuchungskommissionen oder den Internationalen Strafgerichtshof. Insbesondere drängen wir gegenüber der israelischen Regierung auf Einhaltung des humanitären Völkerrechts, auf Waffenruhen, Schutz und das Zulassen der Versorgung der Zivilbevölkerung, wie es auch im Rahmen der G7-Prinzipien (keine Vertreibung der Bevölkerung, keine dauerhafte Besatzung Gazas, keine Gebietsannexion, keine Entscheidungen über Gazas Status ohne palästinensische Beteiligung) vereinbart wurde.

Wirkung des Nahostkonflikts auf die Innenpolitik

In Deutschland wie in Europa insgesamt verpflichtet uns unsere Geschichte und unser Werteverständnis, jeglicher Judenfeindlichkeit entschlossen entgegenzutreten. Angesichts der aufgeheizten Stimmung infolge des Nahostkonflikts bekräftigen wir Grünen: Antisemitische Hetze, Holocaustrelativierungen oder Angriffe auf jüdische Bürger*innen und Einrichtungen sind in keiner Form duldbar und müssen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden. Gleiches gilt für antimuslimischen Rassismus und pauschale Feindseligkeit gegen Menschen arabischer Herkunft.

Die Bundesdelegiertenkonferenz ruft alle grünen Mandats- und Amtsträger*innen auf, in ihrem Einflussbereich sowohl den Schutz jüdischen Lebens als auch ein respektvolles Miteinander mit der muslimischen und arabischen Community aktiv zu fördern. Wir unterstützen Initiativen, die den Dialog zwischen Gemeinschaften stärken, gegenseitiges Verständnis fördern und extremistische Einflüsse zurückdrängen. Deutsche Innenpolitik und Integrationsarbeit müssen dafür sorgen, dass Konflikte in Nahost nicht zu

unversöhnlichen Frontstellungen zwischen Diaspora-Gruppen in Deutschland führen.

Friedensprozess

Deutschland soll sich gemeinsam mit Partnern in der EU für eine internationale Nahost-Friedenskonferenz einsetzen, die den derzeit blockierten Friedensprozess wiederbelebt. Hierbei ist an ein Format unter Schirmherrschaft der UNO oder des Nahost-Quartetts (ggf. erweitert um regionale Akteure wie Ägypten, Jordanien, Golfstaaten) zu denken. Ziel muss es sein, direkte Verhandlungen zwischen Israel und der palästinensischen Vertretung (unter Einbindung der palästinensischen Autonomiebehörde, der PLO und – falls möglich – moderater Kräfte aus Gaza) wieder in Gang zu bringen. Die Konferenz soll einen neuen Rahmen schaffen, der von beiden Seiten akzeptiert wird und realistische Zeitpläne für Schritt-für-Schritt-Lösungen vorgibt. Im Zentrum solcher Verhandlungen müssen stehen:

- Die Festlegung einer Grenze zwischen Israel und Palästina auf Basis der Linien von 1967 mit gegenseitigen Gebietstauschen, um einen zusammenhängenden, lebensfähigen Palästinenserstaat zu ermöglichen,
- die Beendigung der Besatzung durch einen gestuften Rückzug und Sicherheitsarrangements, welche die palästinensische Souveränität respektieren und gleichzeitig Israels legitime Sicherheitsbedürfnisse erfüllen, sodass weder Terrorismus erneut auflebt noch neue Bedrohungen (z.B. aus Gaza oder von radikalen Gruppen) ungebannt bleiben,
- eine Lösung für Jerusalem nach dem Prinzip „zwei Staaten, eine Stadt“: Beide Seiten sollen ihre Hauptstadt in Jerusalem haben können (West-Jerusalem für Israel, Ost-Jerusalem für Palästina), bei garantierter Zugangsfreiheit zu den heiligen Stätten für alle und Verwaltungsvereinbarungen für die Altstadt; kurz: Jerusalem als gemeinsame Hauptstadt beider Staaten in beidseitigem Einvernehmen,
- eine gerechte und verhandelte Lösung der Flüchtlingsfrage, die sowohl das Leid der palästinensischen Flüchtlinge anerkennt als auch die Aufnahmekapazitäten und historischen Entwicklungen berücksichtigt (denkbar sind z.B. ein Rückkehrrecht in den künftigen Staat Palästina, Entschädigungen, begrenzter Familiennachzug nach Israel auf humanitärer Basis und ein international finanziertes Entschädigungs- und Resettlement-Programm),

- die gegenseitige Anerkennung der Staatlichkeit Israels und Palästinas als souveräne Nachbarn und die Verpflichtung ihre Streitigkeiten künftig ausschließlich friedlich zu lösen.

Zusätzlich soll im EU-Verbund ein DDR-Prozess (Disarmament, Demobilization, Reintegration) angestoßen werden, welcher sich insbesondere an Kämpfer terroristischer Gruppierungen in Gaza und der West Bank sowie radikale und bewaffnete Siedler richtet. Hierbei beziehen wir uns auf die diesbezügliche EU-Strategie, welche diverse Instrumente zur Umsetzung bereithält.

Die Bundesdelegiertenkonferenz unterstreicht, dass Deutschland und Europa bereit sein sollten, für eine solche Initiative diplomatisches Kapital einzusetzen und auch Gegenwind in Kauf zu nehmen. Gerade gegenüber einer unkalkulierbaren US-Politik muss Europa eigenständiger handlungsfähig sein und seine Vorstellungen von einer gerechten Friedenslösung einbringen. Die Europäische Union soll ihre Rolle aus der Zuschauerposition lösen und zum aktiven Mitgestalter werden – durch einen neu zu berufenden EU-Sonderbeauftragten für den Nahostfriedensprozess und durch geschlossenes Auftreten gegenüber den Konfliktparteien. Ziel ist es, den derzeitigen Stillstand zu überwinden und den Teufelskreis von Gewalt ohne politische Perspektive zu durchbrechen.

Hierzu fordern wir ebenso in Verbund mit der EU einen Transitional Justice Prozess in Israel und Palästina anzustoßen. Diese basieren auf den grundlegenden Prinzipien des Rechts auf Wahrheit, Rechts auf Gerechtigkeit, Rechts auf Wiedergutmachung und Garantien der Nicht-Wiederholung und sollten bereits im Rahmen des Friedensprozesses angewandt werden.

Ein wesentlicher Fortschritt für regionalen Frieden waren die Abraham Accords, die 2020 diplomatische Beziehungen zwischen Israel und mehreren arabischen Staaten begründeten. Wir begrüßen diese Accords als Meilenstein für wirtschaftliche Kooperation und Sicherheitsarchitektur in der Region und unterstützen zusätzlich die IMEC-Initiative, die multilaterale Entwicklungsprojekte in Infrastruktur, Bildung und Technologie anstrebt. Dabei muss die gleichberechtigte Teilhabe aller Akteur*innen, insbesondere der Palästinenser*innen, an diesen Programmen gesichert sein, um nachhaltiges Vertrauen und Wohlstand zu fördern. Wir würdigen auch die Bemühungen Saudi-Arabiens zur Normalisierung seiner Beziehungen zu Israel, fordern jedoch, dass solche Schritte nicht über die Köpfe der Palästinenser*innen erfolgen dürfen,

sondern ihre Rechte und Perspektiven integraler Bestandteil jeglicher Verhandlungslösung sein müssen.

Siedlungsbau

Die Grünen fordern, bilateral und in der EU mit allem Nachdruck auf einen sofortigen Stopp des Siedlungsbaus und der Landnahmen in besetzten Gebieten hinzuwirken. Die fortgesetzte Ausweitung israelischer Siedlungen im Westjordanland – zuletzt in historisch beispiellosem Ausmaß zerstört die geografische Grundlage einer Zwei-Staaten-Lösung und verletzt geltendes Völkerrecht. Wir begrüßen, die deutliche Kritik europäischer Partner und bisheriger Bundesregierungen an der israelischen Siedlungspolitik. Dies muss jedoch mit Konsequenzen unterlegt werden: Deutsche Außenpolitik soll prüfen, welche negativen Anreize (z.B. Ausschluss von Siedlungen von bilateraler Zusammenarbeit, Differenzierung bei EU-Förderprogrammen) gesetzt werden können, um die Kosten der fortgesetzten Besatzung zu erhöhen. Ebenso sollen positive Anreize für Fortschritte Richtung Zwei-Staaten geprüft werden – etwa umfangreiche wirtschaftliche Kooperation und Investitionen, falls substantiell Siedlungen geräumt oder Gebiete an Palästina übergeben werden. Wichtig ist eine klare Botschaft: Deutschland erkennt keine einseitigen Grenzverschiebungen an. Alle endgültigen Statusfragen – Grenzen, Jerusalem, etc. – können nur durch Verhandlungen gelöst werden, nicht durch faktische Schaffung vollendeter Tatsachen auf dem Boden. Entsprechend sollen deutsche Stellen auch fortfahren, völkerrechtswidrige Maßnahmen (wie z.B. die völkerrechtlich nicht anerkannte Annexion Ost-Jerusalems und der Golanhöhen, oder eine mögliche Einverleibung weiterer Teile der Westbank) diplomatisch nicht anzuerkennen und in internationalen Gremien zu thematisieren.

Staat Palästina

Anerkennung eines palästinensischen Staates vorbereiten: Bündnis 90/Die Grünen stehen weiterhin zu ihrem Ziel, einen souveränen Staat Palästina diplomatisch anzuerkennen. Die Bundesdelegiertenkonferenz spricht sich dafür aus, diese Anerkennung aktiv vorzubereiten. In der Europäischen Union soll für eine koordinierte Anerkennung Palästinas geworben werden. Das Eintreten für einen palästinensischen Staat bedeutet keinen Widerspruch zur Solidarität mit Israel, sondern ist deren notwendige Ergänzung: Nur wenn die Palästinenser*innen politische Selbstbestimmung erlangen, kann auch Israels auf Dauer gesichert sein, was es sein will – ein demokratischer jüdischer Staat. Wir schlagen vor, dass, wenn absehbar ist, dass Verhandlungen dauerhaft scheitern oder die israelische Seite unumkehrbar Fakten schafft, die Anerkennung

Palästinas genutzt wird, um das Signal zu senden: Die Zwei-Staaten-Lösung lebt, und die internationale Gemeinschaft ist bereit, sie zu untermauern. Unabhängig vom Zeitpunkt einer formalen Anerkennung sollte Deutschland weiterhin palästinensische Staatlichkeitsbestrebungen praktisch fördern – z.B. durch Unterstützung beim Aufbau von Institutionen, Ausbilden von Verwaltung und Rechtsstaat, Förderung demokratischer Prozesse und auch entsprechendem Druck auf die palästinensische Autonomiebehörde.

Palästinensische Akteure

Die Grünen bekennen sich zur Nichteinbindung terroristischer Akteure, solange diese nicht grundlegende Bedingungen erfüllen. Solange Organisationen wie Hamas oder der Islamische Dschihad Gewalt predigen, das Existenzrecht Israels leugnen und Anschläge verüben, kann es keinen Dialog mit ihnen als legitime Vertreter geben. Wir unterstützen daher den Ansatz, politischen Kontakt mit Hamas an die Quartett-Bedingungen (Abschwören der Gewalt, Anerkennung Israels, Akzeptanz früherer Abkommen) zu knüpfen. Allerdings erkennen wir an, dass humanitäre Kontakte und indirekte Verhandlungen (wie über Vermittler zwecks Waffenruhe oder Gefangenenaustausch) notwendig sind, um Menschenleben zu retten. Diese sollen auch weiterhin geführt werden. Langfristig setzen wir Grünen darauf, dass nur die moderaten palästinensischen Kräfte internationale Anerkennung genießen sollen, die bereit sind, in einen politischen Prozess einzutreten. Zugleich rufen wir Israel dazu auf, diejenigen palästinensischen Akteure zu stärken, die auf Gewalt verzichten – etwa indem man die Autonomiebehörde nicht weiter schwächt, Rechtssicherheit und Bewegungsfreiheit in den A-Gebieten respektiert. Eine Politik der Differenzierung ist wichtig: Harte Linie gegen Terror, Kooperation mit Friedensbereiten. In diesem Sinne begrüßen wir ausdrücklich auch Initiativen in Israel selbst, die den Dialog suchen und regen an, dass die deutsche und europäische Diplomatie solche Begegnungen aktiv fördert.

Rüstungsexporte

Rüstungsexporte und Militärhilfe im Nahen Osten: Die Bundesdelegiertenkonferenz bekräftigt die Linie, dass Rüstungsexporte restriktiv, gemäß den Grund- und Menschenrechten, sowie dem Völkerrecht und abgeschlossener völkerrechtlicher Verträge gehandhabt werden müssen. Konkret bedeutet dies: Keine deutschen Waffen in Krisenregionen oder an kriegführende Parteien, wo die Gefahr missbräuchlicher Verwendung gegen Zivilisten besteht. Das ist nicht nur politische Pflicht, sondern schließt sich auch unmittelbar aus internationalen Verträgen wie dem Arms Trade Treaty. Bezogen

auf Israel erkennen wir dessen besondere Sicherheitslage an. Waffenlieferungen an Israel dienen dem legitimen Recht auf Selbstverteidigung und der Existenzsicherung und sind daher grundsätzlich gerechtfertigt. Jedoch gilt auch hier: Waffen, die im Rahmen der leider unzähligen Verletzungen humanitären Völkerrechts in Gaza eingesetzt werden können, dürfen nicht geliefert werden. Eine Unterscheidung zwischen defensiven und anderen Waffen kennt das Recht hier nicht. Auch ist es rechtlich irrelevant, dass solche Waffen möglicherweise gleichzeitig zur legitimen Landesverteidigung eingesetzt werden. Auch reicht eine Selbstverpflichtung Israels hier nicht aus – die Prüfpflicht Deutschlands geht weit darüber hinaus.

Wiederaufbau und Humanitäre Hilfe

Die Grünen legen größten Wert darauf, dass Deutschland seiner humanitären Verantwortung in der Nahostregion gerecht wird. Insbesondere nach den Zerstörungen in Gaza ist ein umfassendes Programm zum Wiederaufbau und zur humanitären Versorgung erforderlich. Die Bundesdelegiertenkonferenz fordert die Einrichtung eines internationalen Wiederaufbaufonds für Gaza gemeinsam mit der EU und anderen Gebern. Dieser muss sicherstellen, dass Hilfe die Menschen erreicht und nicht korrupte oder extremistische Strukturen stärkt. Vorschläge wie eine zeitweilige internationale Verwaltung Gazas unter UN-Mandat oder die Ausweitung der Rolle der Palästinensischen Autonomiebehörde oder gemeinsam durch arabische Staaten in Gaza sollen ernsthaft geprüft und diplomatisch sondiert werden, da ein Wiederaufbau nur in einem stabilen administrativen Rahmen gelingen kann.

Wir bestärken die oberste Priorität, die der ungehinderte Zugang zu humanitärer Hilfe hat – Nahrung, Medizin, Wasser, Energie. Die Blockade lebensnotwendiger Güter und der Stopp eingespielter und effektiver UN-Verteilungsstrukturen ist nicht nur ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht. Humanitäres ist neutral und ein Gebot der Menschlichkeit. Zusätzlich besteht für eine Besatzungsmacht eine besondere Pflicht aus dem humanitären Völkerrecht zu Versorgung der Bevölkerung in besetzten Gebieten.

Langfristig soll Deutschland Programme fördern, die wirtschaftliche Entwicklung und Klimaschutz in Palästina voranbringen (z.B. Solarenergie, Wasserentsalzung, Startup-Förderung), um Perspektiven für die Jugend zu schaffen. Auch gegenüber Israel gilt: Projekte, die beiden Seiten nutzen (etwa regionale Wasser-/Energie-Kooperationen), verdienen Unterstützung, da sie die Interdependenz und den Frieden von unten fördern.

Feministische Außenpolitik & Zivilgesellschaft

In Übereinstimmung mit dem Konzept der Feministischen Außenpolitik verpflichtet sich grüne Nahostpolitik, die Perspektiven von Frauen, Jugendlichen, vulnerablen Gruppen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen systematisch einzubeziehen. Deutschland soll bei diplomatischen Initiativen darauf achten, dass Frauen in Verhandlungsdelegationen angemessen vertreten sind und ihre Stimmen Gehör finden. Wir unterstützen Programme, die traumatisierten Frauen und Kindern – seien es Opfer von Krieg in Gaza oder Familien israelischer Terroropfer – psychosoziale Betreuung und Teilhabe ermöglichen. Außerdem setzen wir uns für den Schutz von besonders verletzlichen Gruppen ein: etwa politische Gefangene, Minderheiten (z.B. LGBTIQ-Personen in der Region) und Menschenrechtsverteidigerinnen. Grüne Nahostpolitik wird menschenrechtsorientiert bleiben und z.B. auch in Ländern wie Ägypten oder Saudi-Arabien kritische Themen (Inhaftierung von Oppositionellen, Hinrichtungen, Frauenrechte) nicht ausblenden, sondern ansprechen – trotz strategischer Partnerschaften. Denn eine wertebasierte Politik misst nicht mit zweierlei Maß. Gerade im Iran unterstützen wir explizit den Ruf der mutigen Zivilgesellschaft nach Freiheit und Gleichberechtigung. Unsere Solidarität gilt den Frauen und Männern, die dort für ihre Rechte eintreten. Dies soll Teil einer gesamten Nahoststrategie sein, die nicht nur Staaten, sondern auch Gesellschaften im Blick hat.

Weitere Region

Über den israelisch-palästinensischen Konflikt hinaus unterstützen die Grünen Schritte zu einer umfassenderen Friedensordnung im Nahen und Mittleren Osten. Deutsche Außenpolitik sollte solche regionalen Dialogformate fördern – etwa im Rahmen eines Helsinki-Prozesses für den Mittleren Osten, in dem Sicherheitsgarantien, Rüstungsbegrenzung und wirtschaftliche Kooperation verhandelt werden könnten. Der Konflikt zwischen Israel und Palästina darf dabei nicht isoliert betrachtet werden: Ein Frieden dort würde auch die Zusammenarbeit Israels mit der arabischen Welt enorm erleichtern. Umgekehrt kann die Verbesserung arabisch-israelischer Beziehungen genutzt werden, um Druck auf beide Seiten auszuüben, an einer Lösung mit den Palästinensern zu arbeiten – hier können neue Allianzen als Vermittler auftreten. Wir unterstützen deshalb multilaterale Ideen, z.B. eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten nach Vorbild der KSZE, an der alle relevanten Akteure – einschließlich Iran und Türkei – an einem Tisch sitzen. Auch Klima- und Umweltkooperation könnten Friedensdividenden bringen und sollten Teil einer präventiven Sicherheitspolitik sein.

Wesentlicher Treiber der Bedrohung und der Destabilisierung der gesamten Region ist das iranische Regime, dessen Bevölkerung zugleich Opfer massivster Menschenrechtsverletzungen wird. Dabei ist das Regime zugleich durch seine Unterstützung Russlands und dem gezeigten Willen zum Einsatz von ballistischen Langstreckenraketen eine signifikante Bedrohung unserer europäischen Sicherheit und des Verteidigungskampfes der Ukrainer*innen. Das iranische Regime ist daher als einer der Gründe der strategischen Kooperation zwischen Deutschland und Europa sowie Israel zu begreifen. Wir unterstützen daher den Willen der E3 (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) den Snap-Back Mechanismus zu aktivieren, um das weitere Streben des Regimes nach einer nuklearen Bewaffnung auf diplomatischem Wege zu verhindern. Gleichzeitig unterstützen wir weiterhin die rechtssichere Terrorlistung der Revolutionsgarden auf EU- Ebene und alle Sanktionsmaßnahmen, die den iranischen Machtapparat treffen, sowie die iranische Zivilgesellschaft.

Dies gilt auch für die Bedrohungen durch die durch das iranische Regime unterstützte Huthi-Miliz. Der Jemen erlebt eine der schwersten humanitären Krisen weltweit; Millionen Menschen sind auf Hilfe angewiesen, leiden an Hunger und wurden vertrieben. Angriffe der Huthi-Miliz auf Handelsschiffe im Roten Meer unterbrechen nicht nur Versorgungskorridore, sondern gefährden auch die Stabilität Ägyptens, dessen Staatshaushalt durch Einbußen am Suezkanal stark belastet wird. Wir fordern den sofortigen Stopp des Beschusses von Schiffen und israelischem Kernland, die europäische Listung der Huthi-Miliz als Terrororganisation sowie die Ausweitung europäischer Initiativen zur Linderung der humanitären Katastrophe und zur Sicherung der Seerouten durch das Rote-Meer.

Wir begrüßen die ersten diplomatischen Annäherungen zwischen Israel und der neuen Führung in Damaskus und unterstützen sie weiter im Rahmen der EU und UN in einem friedlichen und demokratischen Transformationsprozess. Angesichts örtlicher Gewalt mahnen wir erneut an, dass alle Syrer*innen – inklusive Kurd*innen, Jesid*innen, Drus*innen, Alawit*innen und Christ*innen – am politischen Prozess beteiligt und ihre Rechte und Schutz gewahrt werden. Um dies zu ermöglichen, erwarten wir von der Türkei und dem iranischen Regime die syrische Integrität zu achten und Waffen- und Finanzmittellieferungen aus dem Iran an die Hisbollah zu unterlassen. Zugleich fordern wir den Rückzug aller israelischen Truppen westlich der „Alpha-Linie“ des UNDOF-Mandatsgebietes und von der Führung in Damaskus die Wirksame Übernahme und Wahrnehmung der Sicherheitsverantwortung und Achtung der vereinbarten Selbstverwaltungsrechte der Kurd*innen in Nord- und Ostsyrien.

Mit Blick auf den schwindenden Einfluss der UN und seiner Organisationen im Nahen Osten bedauern wir das bevorstehende Ende der UNIFIL-Mission zum 31. Dezember 2026 und fordern den Libanon beim Aufbau und der Stärkung seiner Streitkräfte weiter und intensiv zu unterstützen, um auch den zu begrüßenden libanesischen Initiativen zur wirksamen und dauerhaften Entwaffnung der Hisbollah und weiterer Terrororganisationen wie der Hamas zum Erfolg zu verhelfen. Wir verurteilen jegliche Bedrohung israelischen Staatsgebietes, fordern Israel jedoch zugleich auf, sich bei fortschreitendem Erfolg der libanesischen Armee aus dem libanesischen Staatsgebiet vollständig zurückzuziehen und die Entwaffnung der Terrororganisationen kooperativ zu fördern. Wir ermutigen beide Staaten analog zu den Verhandlungen der Seegrenze und der Gasförderung offene Grenzverlaufsstreitigkeiten beizulegen und fordern die Bundesregierung auf, dies aktiv zu begleiten.

Die Bundesdelegiertenkonferenz empfiehlt der Grünen-Fraktion im Bundestag und den zuständigen Gremien, die Umsetzung dieser Leitlinien regelmäßig zu überprüfen. Angesichts der dynamischen Lage soll z.B. jährlich ein Bericht erstellt werden, der auswertet, was die jeweilige Bundesregierung in Bezug auf Friedensinitiativen, Menschenrechtsanliegen und Krisenprävention im Nahen Osten erreicht hat, und wo ggf. nachjustiert werden muss. So bleibt die Grüne Nahostpolitik ein lernendes Konzept, das sich veränderten Umständen anpasst, ohne die grundsätzlichen Werte zu verraten.

Begründung: Dieser Antrag zielt darauf ab, die Grüne Nahostpolitik strategisch neu auszurichten, jenseits kurzfristiger Tagespolitik. Angesichts der Zuspitzung des Nahostkonflikts 2024/25 benötigen Bündnis 90/Die Grünen eine klare, prinzipienfeste, aber auch vorausdenkende Linie, die Werte und Realismus vereint. Die oben formulierten Leitlinien sollen der Partei Orientierung geben und zugleich in die öffentliche Debatte ausstrahlen. Wir wollen zeigen, dass eine wertegeleitete Außenpolitik kein Luxus ist, sondern gerade in Krisenzeiten ein Kompass, um nicht in blinden Aktionismus oder einseitige Parteinahme zu verfallen. Deutschland kann und muss im Nahen Osten eine Rolle als Brückenbauer und Anwalt des Völkerrechts spielen. Dieses Profil wollen wir mit dem Antrag schärfen. Er soll dazu beitragen, innerhalb der Partei einen Konsens zu finden, der die legitimen Sicherheitsinteressen Israels und die berechtigten Freiheits- und Gerechtigkeitsinteressen der Palästinenser nicht gegeneinander ausspielt, sondern miteinander denkt. Nur so können die Grünen glaubwürdig

bleiben und zugleich Teil der Lösung statt Teil des Problems werden. Die vorgeschlagenen Leitlinien verbinden realpolitische Vernunft mit visionären Zielen: Sicherheit durch Kooperation, Frieden durch Gerechtigkeit. Sie geben der Partei Werkzeuge an die Hand, um sowohl in der Bundesregierung als auch auf europäischer Ebene Druck für Fortschritte zu machen und sich klar zu positionieren – für einen Nahen Osten, der eines Tages nicht mehr von Krieg und Besatzung, sondern von Koexistenz und Rechtsstaatlichkeit geprägt ist.

Zudem sendet ein solcher Beschluss ein Signal an die Öffentlichkeit und insbesondere an die jüngere Generation sowie Menschen mit familiären Wurzeln in der Region: Die Grünen hören zu, sie nehmen die Sorgen aller Betroffenen ernst und sie haben den Mut, aus alten Denkmustern auszubrechen, ohne ihre Prinzipien aufzugeben. Dies kann helfen, Vertrauen zurückzugewinnen, wo es verloren ging, und die Grünen wieder als konstruktive Kraft im Nahostdiskurs zu verankern – in Deutschland wie international. Letztlich streben wir eine Nahostpolitik an, die werteorientiert und wirksam zugleich ist. Dieser Antrag ist ein Schritt auf diesem Weg.

Für eine deutsche Nahost-Politik, die unserer historischer und völkerrechtlichen Verantwortung gerecht wird.

Beschreibung der Lage

Wir Deutsche haben durch unsere schreckliche Geschichte, durch die von unseren Vorfahren verübten schwersten, einzigartig schrecklichen Verbrechen, eine besondere Verantwortung gegenüber allen Menschen, *die sich dem Judentum zugehörig fühlen*. Jegliche antisemitische Handlungen, Vergehen und Verbrechen lehnen wir auf das Schärfste ab, sie müssen umgehend *strafrechtlich* verfolgt und geahndet werden. Wir wenden uns allerdings auch gegen Versuche, Kritik an der israelischen Regierung als Antisemitismus abzutun. Insbesondere sind Menschen jüdischen Glaubens grundsätzlich nie für Handlungen der israelischen Regierung zur Verantwortung zu ziehen. Wir unterscheiden selbstverständlich zwischen den Menschen aller Nationalitäten jüdischen Glaubens und dem verbrecherischen Handeln von Teilen der israelischen Staatsführung.

Unser (deutsches) Handeln schließt auch eine Schutzgarantie für den – u.a. auch aufgrund der Entwicklung in Deutschland und Europa, von den Nazis ausgelösten Shoa entstandenen – Staat Israel ein. Aber auch dabei übersehen wir nicht das Unrecht, das in der Folge der Staatsgründung und in Folge der Gebietsverteilung durch die englische Mandatsregierung und der UN gegenüber den dort seit Jahrtausenden lebenden Palästinenser*innen verübt wurde. Die Folgen der Nakba sowie das Leid in den Flüchtlingslagern in den Nachbarstaaten seither haben wir im Blick und sehen auch dafür unsere Verantwortung.

Die unsäglichen Terroranschläge der radikal-islamischen Palästinenserorganisation Hamas sind damit jedoch weder zu erklären noch zu entschuldigen. Die Hamas hat sich mit diesen unmenschlichen Taten und der bis heute andauernden Geiselnahme als Akteur und Verhandlungspartner selbst völlig isoliert und ist dauerhaft keine Alternative für irgendeine Nachfolgelösung. Mit ihnen kann es vermutlich keine Vereinbarung geben, der die „andere Seite“ auch nur einen Hauch an Vertrauen entgegenbringen kann.

Daraus ergeben sich die Folgerungen ...

Deutschland, seine Regierung, seine Menschen sind nun in der schwierigen Lage, dass große Teile der israelischen Regierung mittels eigenem Unrecht und Verbrechen in Reaktion auf die Angriffe vom 7. Oktober 2023 völlig überzogen reagieren, selbst gewalttätig werden und schweres Unrecht bis hin zu extremen Völkerrechtsverletzungen begehen. Das Selbstverteidigungsrecht findet seine Grenzen im Völkerrecht. Eine ggf. geplante vollständige Vernichtung der Hamasführung muss in einem rationalen Verhältnis zu den dabei verursachten Folgen für die Zivilbevölkerung und der Infrastruktur von Gaza stehen. Der Beginn von Friedensverhandlungen ist immer einer militärischen ‚Lösung‘ vorzuziehen. Rechtsradikale und extrem-religiöse Teile der israelischen Bevölkerung sehen offenbar die Chance, den Traum von Großisrael endgültig zu verwirklichen. Dass dies nur mit einer völligen Vertreibung der in dem Gebiet noch lebenden Palästinenser*innen umsetzbar sein wird, wird dabei ignoriert oder billigend in Kauf genommen, bzw. ist dieses Vorgehen strategisch so angelegt.

Die von Teilen der israelischen Regierung angeordneten und von Teilen des Militärs durchgeführten täglichen Unrechtstaten in Gaza, der Westbank und anderen besetzten bzw. kontrollierten Gebieten sind nicht nur schwere Fehler, sie sind Verstöße gegen internationales Recht, und schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen.

Wer mit Unrechtstaten täglich neuen Hass sät, dem wird es jedoch nie gelingen, den Terror dauerhaft zu beenden.

Unabdingbar: Die Anerkennung des Staates Palästina

Die schnellstmögliche Gegenmaßnahme wäre die Anerkennung Palästinas durch Deutschland und – soweit möglich – die EUⁱ sowie eine mindestens politische Unterstützung des neuen Staates durch massive Sanktionen des Angreifers (s. ⁱⁱ). Konföderative Ansätze sind als Weiterentwicklung der Zweistaatenregelung zu verstehen und zu unterstützen. Gleichzeitig muss der palästinensische Staatsaufbau unterstützt werden. Initiativen der arabischen Länder sind hierbei für einen robusten Übergangsmechanismus aufzugreifen, um der Sicherheit für Israelis und Palästinenser*innen zu garantieren und den Wiederaufbau Gazas organisieren.

Mit der aktuellen Politik der israelischen Regierung wird mit jedem neuen Tag eine Umsetzung der zu Recht als einzig dauerhafte, gerechte Lösung angesehene Zweistaaten-Regelung unmöglicher. ⁱⁱⁱ

Die Verteidigung des Völkerrechts impliziert auch klare Reaktionen auf schwerwiegende Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte. Deutschland muss sich – auch und gerade aufgrund seiner Verantwortung gegenüber dem israelischen Staat – zu den aus dem Völkerrecht ergebenden Verpflichtungen bekennen und alle nötigen Maßnahmen treffen, beispielsweise die Anordnungen des IGH zur Lage in Gaza umsetzen. Deutschland ist schon jetzt mit dem Vorwurf konfrontiert, Beihilfe zu Kriegsverbrechen zu leisten.

Um den auch in Deutschland bestehenden hartnäckigen Widerstand von Unterstützer*innen der israelischen Regierung zu überwinden, bedarf es erheblichen Drucks sowohl von innen als auch von außen. Dabei sind „Naming & Shaming“ mit scharfen Sanktionen gegen einzelne Akteure der israelischen Regierung bis hin zu gezielten Boykotten, Einreiseverboten, Einfrieren von Vermögenswerten oder anderen wirtschaftlichen Sanktionen denkbar, machbar und sinnvoll. Das Aussetzen des internationalen Haftbefehls gegen Netanjahu bei einem Besuch Deutschlands – wie von Kanzler Merz ins Spiel gebracht – ist nicht akzeptabel.

Die deutsche Politik muss daher unverzüglich aktiv eingreifen:

Wir unterstützen daher die von der UNO-Vollversammlung am 12.9.2025 befürwortete Zweistaatenlösung zwischen Israel und Palästinensern. Zudem begrüßen wir den Vorschlag der UN Generalversammlung ggf. einen Waffenstillstand in Gaza mit einer internationalen Stabilisierungsgruppe zu unterstützen.^{iv}

Die BDK von Bündnis 90/Die Grünen fordert die Fraktionen (Bundestag, Landtage und EP) und Bundesvorstand auf aktiv zu werden und

- unverzüglich die Anerkennung des Staates Palästina – auch und gerade durch Deutschland – voranzutreiben,
- die aktive Unterstützung der Globalen Allianz für die Umsetzung der Zweistaatenregelung sowie des Prozesses, der auf der von Frankreich und Saudi-Arabien unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen im Juli 2025 in New York veranstalteten Konferenz eingeleitet wurde, um positive Anreize für den Frieden zu schaffen, diplomatische und andere Bemühungen zu koordinieren, bewährte Verfahren auszutauschen und die politische Dynamik für eine endgültige Statusregelung zu erzeugen.
- den vollständigen Rückzug der israelischen Streitkräfte aus dem Gazastreifen und allen besetzten Gebieten,

Weiterhin sind:

- Druck auf die Unterstützerstaaten der Hamas auszuüben, damit dauerhafte Friedensverhandlungen beginnen können. Das setzt die sofortige Freilassung aller Geiseln voraus.
- zugleich die Entmachtung der im Gazastreifen herrschenden radikalislamischen Hamas durchzusetzen. Die Hamas muss die Macht im Gazastreifen abgeben und mit internationaler Unterstützung ihre Waffen übergeben.
- ein umfassendes Waffenembargo gegen alle Konfliktparteien im Nahen Osten zu verhängen, die im Verdacht stehen, schwerwiegende Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht oder Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben, oder bei denen ein ernsthaftes Risiko besteht, dass sie internationale Kernverbrechen im Sinne des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs begehen, d. h. Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen der Aggression. Das umfasst sowohl neue Lieferverträge wie auch sogenannte „Abonnements“, also Waffenexporte, die regelmäßig vereinbart wurden und nicht mehr genehmigungspflichtig sind sowie bereits genehmigte Lieferverträge

Zudem ist:

- darauf zu dringen, bis auf Weiteres jegliche Zusammenarbeit mit israelischen Firmen oder Regierungsstellen in jeglichen Waffentechniken bzgl. Forschung und Fertigung einzustellen. Dies bezieht sich auch auf den KI und IT Bereich, wie auch Überwachungstechniken im zivilen Bereich
- darauf zu dringen, umgehend den Kauf israelischen Rüstungsgütern auszusetzen. Ggf. Vertragsverletzungsverfahren wären hinzunehmen
- sich für einen scharfen Wirtschaftsboykott, vor allem jegliche technische Geräte – außer medizinischen – durch die EU gegen Israel einzusetzen und im ersten Schritt die Zollfreiheit des Handels aufzuheben
- die von der EU geforderte Kennzeichnungspflicht von Waren aus Siedlungen in den besetzten Gebieten umzusetzen

bis die israelische Regierung sämtliche völkerrechtswidrigen Handlungen, wie den Siedlungsbau und Landraub im Westjordanland, die strukturelle Zerstörung von Gaza und das Aushungern der Zivilbevölkerung in Gaza, dauerhaft einstellt.

Zudem fordert die BDK:

- die Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel auszusetzen, da die Europäische Kommission festgestellt hat, dass Israel gegen Artikel 2 verstößt.
- ein EU-Importverbot für Produkte aus israelischen Siedlungen, um die EU-Politik mit dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024 in Einklang zu bringen und die Position der EU zur Illegalität der Siedlungen sowie das Bekenntnis zum Völkerrecht glaubwürdig zu machen. Weitere Schritte zum Verbot von Geschäften mit Siedlungen im Allgemeinen sollen folgen.
- eine grundlegende, verstärkte Unterstützung für den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), um ihn wirksam vor extraterritorialen Auswirkungen von Sanktionen Dritter zu schützen und die uneingeschränkte Einhaltung des Römischen Statuts zu bekräftigen, auch im Hinblick auf die Haftbefehle gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu und den ehemaligen israelischen Verteidigungsminister Yoav Gallant. Sowie eine aktive Mitarbeit an den Verfahren der internationalen Institutionen, wie Stellungnahmen etc.
- die konsequente Ahndung von Straftaten, welche die Aussichten auf Frieden untergraben, einschließlich Kriegsverbrechen, Terrorismus und Aufstachelung zum Völkermord, wann immer möglich mit gerichtlichen Mitteln und/oder durch restriktive Maßnahmen der EU, einschließlich des Einfrierens von Vermögenswerten.

- die verstärkte politische und finanzielle Unterstützung für die Zivilgesellschaft und Förderung von Bottom-up-Friedensbemühungen, wie gemeinsamen Initiativen der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft.
- die aktive politische und finanzielle Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger*innen und entsprechenden Organisationen vor Ort und deren Schutz vor Kriminalisierung und Unterdrückung.
- die Stärkung der finanziellen und politischen Unterstützung der UNRWA. Dabei ist ihre unersetzliche und unverzichtbare Rolle anerkennen, wie im Colonna-Bericht dargelegt.
- die Förderung der multilateralen Sicherheitszusammenarbeit im gesamten Nahen Osten, unter anderem durch die Schaffung eines regionalen Rahmens für die Sicherheitszusammenarbeit, der auch auf die Schaffung einer Region ohne Massenvernichtungswaffen abzielt.

Sowie parteiintern:

- die Aufarbeitung der Israel -/ Palästinapolitik während der Ampelregierung bei Fraktion, BAG Frieden und AA und
- ein Diskussionsprozess zu eröffnen, der sich mit dem Begriff der ‚Staatsräson‘ auseinandersetzt.

Alle geforderten Maßnahmen sollen an erster Stelle einen substantiellen Waffenstillstand ermöglichen, damit es zu keinen weiteren getöteten Menschen auf allen Seiten kommt und die Zerstörung von Gaza sowie den Landraub im Westjordanland beendet. Die Beendigung und/ oder Aussetzung dieser Maßnahmen werden von einem glaubhaften Friedensprozess abhängig gemacht.

Anlage:

Unabhängigkeitserklärung Israels: ... Er wird sich der Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner widmen. Er wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. **Er wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten**, die Heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben. ... *(Hervorhebungen durch den Verfasser)^v*

ⁱ Die Gaza-Krise hat die Schwächen der Entscheidungsprozesse der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU offenbart. Die EU spielt nur eine Nebenrolle, obwohl sie wichtiger Handelspartner in der Region des Nahen Ostens ist. Angesichts einer zweiten Amtszeit von Trump und einer zunehmend selbstbewussten BRICS-Gruppe kann es sich die EU nicht leisten, auf ihren immensen Einfluss zu verzichten. Es ist eine strategische Notwendigkeit für die EU, die auf dem Völkerrecht basierende Ordnung zu schützen und ihre Grundwerte und vitalen Interessen zu fördern, indem sie ihre Einflussmöglichkeiten voll ausschöpft.

ⁱⁱ Die Zweistaatenregelung bleibt wichtiger Bezugspunkt der Debatte: Sie ist in Resolutionen der VN verankert, sichert völkerrechtliche Ansprüche beider Parteien und wird auch von den regionalen Akteuren einschließlich arabischer Staaten als Bezugspunkt gesetzt. Eine Aufgabe wäre mit politischen Kosten und Risiken verbunden, da es keine mehrheitsfähigen Alternativen gibt und ein Abrücken von der Zweistaatenregelung zum Beispiel von der Siedlerbewegung instrumentalisiert werden wird.

ⁱⁱⁱ Die aktuell (Stand September 2025) diskutierte Zerschneidung der Westbank durch Pläne zum Bau von rund 3.400 Wohneinheiten im Gebiet E1 zwischen Ost-Jerusalem und der Siedlung Maale Adumim wird vom rechts-extremen Finanzminister Israels Bezalel Smotrich international wie folgt bewertet: „(Die) ... illegale Bebauung würde das Westjordanland faktisch in einen nördlichen und einen südlichen Teil unterteilen und ein zusammenhängendes Territorium für einen künftigen palästinensischen Staat erheblich erschweren, wenn nicht unmöglich machen.“ Zudem drohte der selbe Minister mit der Annexion des Westjordanlands, sollte im kommenden Monat ein palästinensischer Staat anerkannt werden. "Ihr habt keine Chance, es wird keinen palästinensischen Staat geben", sagte Smotrich während einer Pressekonferenz.

<https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-siedlungsbau-westjordanland-kritik-100.html>

^{iv} <https://www.deutschlandfunk.de/uno-vollversammlung-befuerwortet-zweistaatenloesung-zwischen-israel-und-palaestinensern-100.html>

^v <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/520720/14-mai-1948-staatsgruendung-israels/>